GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Aspekte queerer Staatskritik – Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitiken und Staat

Raab, Heike

2005

https://doi.org/10.25595/3058

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Raab, Heike: *Aspekte queerer Staatskritik – Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitiken und Staat*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 14 (2005) Nr: 1, 59–69. DOI: https://doi.org/10.25595/3058.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Kishwar, Madhu, 1999a: „Naïve Outpourings of a Self-Hating Indian: Deepa Mehta's Fire". *Manushi*. H. 109. Internet: http://free.freespeech.org/manushi/109/fire.html (Abfrage: 19.01.2004).

Kishwar, Madhu, 1999b: „Response to letters". *Manushi*. H. 112. Internet: http://free.freespeech.org/manushi/responses/fire.html (Abfrage: 19.01.2004).

McClintock, Anne, 1995: *Imperial Leather: Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest*. London.

Naim, Choudhri M., 1999: „A Dissent on ‚Fire'". *Economic and Political Weekly.* 34. Jg. H. 16, 955-957.

Patel, Geeta, 2002: „On Fire: Sexuality and its Incitements". In: Vanita, Ruth (Hg.): *Queering India*. New York, London, 222-233.

Sangari, Kumkum/Vaid, Suresh (Hg.), 1989: „Recasting Women: An Introduction". In: Dies. (Hg.): *Recasting Women: Essays in Colonial History.* New Delhi, 1-26.

Spivak, Gayatri C., 1988: *In Other Worlds. Essays in Cultural Politics.* London, New York.

Spivak, Gayatri C., 1990: *The Postcolonial Critique. Interviews, Strategies and Dialogues*. London, New York.

Spivak, Gayatri C., 2002: „Resident Alien". In: Goldberg, David Theo/Quayson, Ato (Hg.): *Relocating Postcolonialism.* Oxford, 46-65.

Vanita, Ruth (Hg.) 2002: „Introduction". In: Dies. (Hg.): *Queering India. Same-Sex Love and Eroticism in Indian Culture and Society.* New York, London, 1-14.

Aspekte queerer Staatskritik – Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitiken und Staat

Heike Raab

Playing with the State

Ungeachtet des breiten Spektrums queerer heteronormativitätskritischer Forschungsperspektiven kommt es zu einer Engführung in der queeren Forschungspraxis. Denn trotz einer mittlerweile vorfindbaren gesellschaftstheoretischen Einbettung der *Queer Theory* (Seidman 1999, Genschel 1996, Engel 2002, Wagenknecht 2001, Cruz-Malavé/Manalansan 2002), fehlt eine fundierte heteronormativitätskritische Auseinandersetzung über institutionalisierte Identitätspolitiken in und mit den Arenen des Staates (Cooper 2004). „Queering the State" (Duggan 1995), so meine These, ist eine Leerstelle in queerer Theorie und Forschung. Im Hinblick auf diese mangelnde Theoretisierung des Staates ist ein Ziel meines Artikels Konturen einer queeren Staatskritik auszuloten. Ich möchte zunächst verschiedene staatstheoretische Konzepte hetero-

normativitätskritisch diskutieren, um perspektivisch ein queeres Staatsverständnis zu entwickeln. Kern der Auseinandersetzung werden dabei feministisch-poststrukturalistische Staatsansätze, Aspekte der Regulationsschule und das Gouvernementalitätskonzept von Foucault sein. Darauf bezugnehmend soll das Verhältnis von Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitiken und Staat anhand des Homo-Ehe-Gesetzes und der Citizenship-Debatte erörtert werden.
Drei Punkte erscheinen mir hierbei erwägenswert: Erstens die Feststellung, dass der Eintritt sexueller Identitätsbewegungen in das strategische Feld des Staates historisch zu einem Zeitpunkt erfolgt, da Staatlichkeit weitreichend de-reguliert und staatliche Regierungstechniken radikal umstrukturiert werden. Hier vertrete ich zweitens die These, dass die aktuellen sozio-ökonomischen Transformationsprozesse das Verhältnis zwischen den heteronormativen Gefügen, den institutionalisierten Identitätspolitiken und Staatlichkeit in widersprüchlicher und wechselseitiger Weise verändern. Gleichzeitig gilt es aber auch die Janusköpfigkeit des Staates zu berücksichtigen. Damit ist die staatliche Fähigkeit zu regulieren, aber auch zu schützen gemeint. Insofern geht es in meiner queeren staatstheoretischen Abhandlung nicht um die Frage pro oder contra Staat, sondern vielmehr darum, die heterogene Vielschichtigkeit politischer Prozesse und das komplexe Bedingungsgefüge politischer Partizipation in den Blick zu bekommen. Und schließlich möchte ich drittens das inklusive Politikmodell institutionalisierter Identitätspolitiken der Homo-Emanzipationsbewegungen mit fast ausschließlicher Ausrichtung auf Assimilation und Integration mit Möglichkeiten alternativer Strategien kontrastieren.

Aspekte feministisch-poststrukturalistischer Staatskonzepte

Erste Anschlussmöglichkeiten um das staatstheoretische Forschungsdesiderat der *Queer Theory* zu füllen, sehe ich bei feministisch-poststrukturalistisch inspirierten Entwürfen zum Thema Staatlichkeit (Brown 1992, Pringle/Watson 1992, Pühl 2001, Sauer 2001). Eine wichtige Rolle in diesen Staatsmodellen spielt die Machttheorie des französischen Wissenschaftshistorikers Michel Foucault (1991, 2001). So wird unter Aneignung, aber auch unter Kritik an Foucaults Machtanalytik ein dezentrierter Staatsbegriff entworfen. Sein Modell eines fragmentierten und widersprüchlichen sozialen Machtfeldes wird zur Grundlage eines neuartigen Staatsverständnisses, das den Staat nicht mehr als repressives sexistisch-patriarchalisches „Hauptquartier“ versteht. Vielmehr wird Staatlichkeit als ein Set aus sich widersprechenden Möglichkeiten, Strategien und Netzwerken ohne Zentrum aufgefasst. Abgelehnt wird von diesen Ansätzen allerdings Foucaults These, dass Machtverhältnisse ausschließlich jenseits des Feldes des Staates zu verorten sind. Diese Erkenntnis speist sich vor allem aus der veränderten Bedeutung, die der Staat im (Post-)Fordismus für den Alltag und für die politische Praxis emanzipatorischer Bewegungen und politischer Akteure erhalten hat. Ausgehend von dieser Kritik wird Staat weniger als ein monolithischer Apparat, son-

dern vielmehr als eine machttheoretisch inspirierte, historisch bedingte, plurale und vielschichtige Arena definiert.
Feministisch-poststrukturalistische Staatskonzepte zielen also darauf ab, den Staat als anti-essentialistisches, aufgesplittertes und widersprüchliches Terrain zu begreifen. Für eine staatstheoretische Erschließung der *Queer Theory* bedeutet dies, dass sich mit diesem Theorierahmen das komplexe Ineinandergreifen von Strukturen, Institutionen, Identitätsformationen, Sexualitäts- und Geschlechterverhältnissen umreißen und analysieren lässt. Gleichzeitig wird mit dieser Sichtweise die heteronormative Verfasstheit des Staates paradoxer und radikal historisiert. Das Verhältnis zwischen normativer (Hetero-)Sexualität, rigider Geschlechterbinarität und Staat ist damit nicht nur historisch variabel, sondern nimmt auch innerhalb der verschiedenen Ebenen, Arenen und Dimensionen des Staates unterschiedliche, sich mitunter sogar widersprechende Formen an. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich fragen, wie das heteronormative Gefüge des Staates politische Handlungsmöglichkeiten strukturiert bzw. wie umgekehrt Sexualität und die hierarchisch binäre Geschlechterordnung das Terrain des Staates strukturieren. Es ist zugleich diese Paradoxie und Pluralität des staatlichen Settings, die auf die Komplexität politischer Partizipation verweist. So können staatsbezogene sexuelle Identitätspolitiken, je nachdem ob sie sich auf der internationalen, nationalen, landespolitischen oder kommunalpolitischen Bühne abspielen, unterschiedliche Effekte hervorrufen und ebenfalls ganz unterschiedlichen staatlichen Ein- und Ausschließungsweisen unterworfen sein. Insofern scheint es sinnvoll, nicht nur den Staatsbegriff zu splittern, sondern auch eine Ausdifferenzierung bezüglich sexueller Identitätspolitiken vorzunehmen. Hier wird eine Unterscheidung zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Identitätspolitiken vorgeschlagen, die die queere Kritik an der Identitätsfixierung sexualemanzipatorischer Bewegungen spezifiziert. Ins Visier geraten so nicht „die" Identitätspolitiken der Homo-Emanzipationsbewegungen per se, sondern einzelne konkrete (staatsbezogene) identitätspolitische Maßnahmen, die es heteronormativitätskritisch zu untersuchen gilt.
Gleichwohl gilt es auch die Beschränkungen des feministisch-poststrukturalistischen Staatskonzepts zu problematisieren: Generell, so lässt sich sagen, führt diese Denkweise zu einer Unterbewertung und Vernachlässigung subjektiver, kultureller und ökonomischer Dimensionen des Staates. Gerade aber diese Ebenen des staatlichen Feldes sind zentral für eine komplexe Analyse des Verhältnisses von Staat und Heteronormativität, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller neoliberaler Umstrukturierungen des Staates.

Heteronormativität, Regulation und transformierte Staatlichkeit

Ein differenzierteres Bild bezüglich Heteronormativität und deren Effekte im Rahmen einer Staatsanalyse unter Berücksichtigung sozio-ökonomischer Kräfteverhältnisse vermitteln indes neo-marxistische Überlegungen. Unter Verwendung der Konzepte

von Gramsci und Poulantzas entwerfen insbesondere die staatstheoretischen VertreterInnen der Regulationsschule ein Verständnis des Staates als gesellschaftliches Verhältnis (Demirovic 1992, 2003, Jessop 1992, 1996). Der Staat wird hier zu einem Terrain sozialer Auseinandersetzungen und damit zu einem Konflikt- und Kompromissfeld. (In diesem Sinne ist der Staat – queertheoretisch betrachtet – als konfliktorisches, normativ gesellschaftliches Sexualitätsverhältnis zu verstehen.) Heteronormative Sexualitäts- und Geschlechterverhältnisse sind Teil der sozialen Kämpfe, Kompromisse und Aushandlungsprozesse in den verschiedenen Arenen des Staates. Entsprechend wird das Feld des Ökonomischen nicht auf industrielle (Re-)Produktion im engen Sinne reduziert, sondern ebenfalls als gesellschaftliches Verhältnis verstanden (Jessop 1992). Gramscis (Zivil-)Gesellschaft wird hier zum Ort, der mit dazu beiträgt, dass der ökonomische Reproduktionsprozess in einem Ensemble von Institutionen, Normen, Werten, Gesetzen, Denk-, Gefühls- und Verhaltensweisen verankert und konsolidiert wird. Alltägliche Normen, Werte und Überzeugungssysteme bilden somit die gesellschaftliche Grundlage des Staates, die durch Oppositionen wie Hetero-/Homosexualität, Mann/Frau, Privatheit/Öffentlichkeit und Staat/Markt aufrechterhalten werden (Pühl/Sauer 2004, 170). Daran anknüpfend akzentuieren vor allen queer-ökonomische Arbeiten für ganz unterschiedliche Gegenstandsbereiche die Bedeutung von Heteronormativität im Kapitalismus (Evans 1993, Butler 1998, Hennessy 2000, Pühl/Wagenknecht 2001) – dies allerdings ohne eine explizite staatstheoretische Sichtweise zu entwickeln.

Bezogen auf Staatsforschung kann also mit dem Modell der Regulationsschule beschrieben und erforscht werden, wie der Staat als ein spezifischer Teil kapitalistischer Produktionsmodi normative geschlechtliche und sexuelle Differenz reguliert und zum Teil in Zonen des Nicht-Intelligiblen abdrängt. Dennoch ist der Staat aber nicht als Schaltzentrale der Regulation zu verstehen. Vielmehr sind dessen Apparate, Institutionen und sozialen Formen von Widersprüchen und Konflikten durchzogen. Dies ermöglicht ein Verständnis von Staat als Prozess, der im Kontext eines Ensembles aus (sexualpolitischen) Akteursgruppen, (gesellschafts-)politischen Arenen, Diskursen und staatlicher Praktiken, die Entstehung und Veränderung von Institutionen und Strukturen konfiguriert (Sauer 2001, 148). Die grundsätzliche, aber widersprüchliche Offenheit des staatlichen Settings bietet deshalb durchaus Interventionsmöglichkeiten für alternativ-subversive, d.h. auch nicht-identitäre politische Praktiken und Ziele.

Trotz alledem verkennt der konfliktorische Ansatz der Regulationsschule das besondere Interesse des Staates an der Anerkennung spezifischer sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Akteure. Für die Frage nach der Aufrechterhaltung oder Veränderung heteronormativer Verhältnisse und deren institutioneller Formen wird der Ansatz der strategisch-relationalen Selektivität des Staates von Jessop (1996, 1998) zentral. Der Staat ist „strategisch-selektiv“ konstituiert, weil er bestimmten politischen Akteuren bzw. Identitätspolitiken mehr Chancen bietet, Institutionen und Ressourcen für ihr Anliegen zu nutzen. Auf diese Weise verdichten sich Ungleichheits- und Benachteiligungsstrukturen.

Dies bedeutet, dass die derzeitige Kommodifizierung und Ökonomisierung des staatlichen Settings eher als ein Funktionswandel des Staates und nicht als dessen Auflösung zu interpretieren ist. Von dieser Entwicklung bleiben auch institutionalisierte sexuelle Identitätspolitiken nicht unberührt. So scheint der Wandel vom Fordismus zum Postfordismus das strategische Feld des Staates für bestimmte Typen von Identitätspolitiken durchlässiger zu machen – z.B. um die Akzeptanz für Kürzungen im Sozialbereich zu verbessern. Demnach wäre der gegenwärtige Erfolg sexualpolitischer Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Minderheitenpolitiken nicht allein der Durchschlagkraft sexueller Identitätsbewegungen zu verdanken, sondern auch im Kontext neuer staatlich-ökonomischer Normalisierungs- und Regulierungsstrategien von Heteronormativität zu diskutieren.

Heteronormativität und Gouvernementalität

In Foucaults Spätwerk findet sich mit der Analyse von Regierungsweisen und politischen Rationalitäten ein weiterer Zugang zur Erforschung des Verhältnisses von Heteronormativität und Staat (Foucault 2000a, 2000b). Gouvernementalität bedeutet in diesem Zusammenhang zunächst ein semantisches Zusammenfügen von *gouverner* (regieren) und *mentalité* (Denkweise). Dem Begriff der Regierung kommt hierbei eine Scharnierfunktion zu: Unter dem Blickwinkel der Führung vermittelt der Regierungsbegriff zwischen Macht und Subjektivität. Hier fasst Foucault programmatisch Selbsttechnologien (Selbstregierung) und Machttechnologien (Regierungen durch andere) als miteinander verkoppelte Praktiken zusammen. Der zweite Aspekt des dualen Regierungsbegriffs nimmt indes das Verhältnis zwischen Machttechniken und Wissensformen, d.h. zwischen politischen Rationalitäten und Staatspraktiken ins Visier. Mit Regierung wählt Foucault also einen Begriff mit dem es möglich ist zu erkunden, wie Machttechniken sich mit „Technologien des Selbst“ verknüpfen und Formen politischer Regierung auf Praktiken des „Sich-selbst-Regierens“ zurückgreifen (Lemke 1997, 2002, Bröckling u.a. 2000). Letztlich gelingt es mit dem Gouvernementalitätskonzept einen analytischen Zugang zur Verfügung zu stellen, der es ermöglicht, Staatlichkeit aus einem subjekttheoretischen Blickwinkel zu diskutieren und dabei das Zentrum des Interesses auf die wechselseitige Konstituierung von Subjektivierungsprozessen und staatlichen Regierungspraktiken zu legen.
Eine queere Rezeption der Gouvernementalitätsproblematik ist erst in jüngster Zeit zu verzeichnen (Pieper/Gutiérrez Rodríguez 2003). Grundlage ist die Erkenntnis, das Selbst- und Fremdtechnologien maßgeblich heteronormative Identitätsformationen beeinflussen, die demnach nicht jenseits gouvernementaler Praktiken zu denken sind. Es lässt sich also mittels einer Verknüpfung von Heteronormativität und Gouvernementalität verstehen, wie normative (Hetero-)Sexualität und hierarchisch binäre Zweigeschlechtlichkeit als Teil des Zusammenspiels der politischen Rationalitäten, Regierungspraktiken und Selbsttechnologien ihre Wirkkraft entfalten (Engel 2003).

Ausgangspunkt einer queeren Problematisierung des Gouvernementalitätskonzepts sind die an Foucault anschließenden Gouvernementalitätsstudien, die die Konturen einer „neoliberalen Gouvernementalität“ skizzieren (Lemke 2002, 494). In Bezug darauf beabsichtige ich nun die Frage nach heteronormativen Subjektivierungsweisen staatlicher Regierungspraktiken im Kontext neoliberaler Programmatiken zu diskutieren. Für die Entwicklung einer queeren Staatskritik erschienen mir hierbei drei Punkte besonders erwähnenswert.

Zum einen bietet die gouvernementalitätstheoretische Perspektive eine Erweiterung der queeren Heteronormativitätskritik. Untersucht wird nun nicht mehr „nur“ der Ausschluss von Differenz oder die Aufrechterhaltung der Hetero-/Homo-Dichotomie, sondern auch wie sich heteronormative Werte und Normen in die Individuen hineinverlagern und welche institutionellen politisch-rationalen Formen sie annehmen. Zugleich wird in der queeren Auseinandersetzung mit dem Gouvernementalitätskonzept ein deterministisches Subjektverständnis hinterfragt. All zu häufig, so der Vorwurf, wird in den Gouvernementalitätsstudien eine Gleichsetzung von neoliberalen Regierungspraktiken und Selbsttechniken vorgenommen bzw. umgekehrt Selbsttechniken als Hort der Freiheit konzipiert (Pühl/Schulz 2001, Engel 2003). Analog dazu kommt es zu einem homogenen und statischen Verständnis von Gouvernementalität. Versteht man hingegen staatliche Regierungspraktiken als ein heterogenes, multiples und paradoxes institutionelles Geflecht, so ist eher von unterschiedlichen (neoliberalen) Gouvernementalitäten auszugehen und demzufolge von unterschiedlichen heteronormativen Subjektivierungs- bzw. Individualisierungsformen. Es sind mitunter diese ambivalenten Ungleichzeitigkeiten und Verschiedenheiten, die den schmalen Grat für die Artikulation widerständiger Subjektivitäten und Politiken bilden könnten.

Der dritte und bislang eher vernachlässigte Aspekt der Regierungsproblematik betrifft die politischen Rationalitäten des Regierungsdenkens. Mit deren Akzentuierung wird ein Feld abgesteckt, das veränderte Denk-, Artikulations- und Partizipationsbedingungen und veränderte Politikformen im Kontext neoliberaler Gouvernementalität betrifft. So lässt sich fragen, welche spezifischen sexualpolitischen Subjekte gegenwärtig Teil staatlicher Auseinandersetzungen werden können bzw. warum dies nur in Gestalt institutionalisierter sexueller Identitätspolitiken möglich ist. Neoliberale Regierungsrationalitäten „verkünden“, so betrachtet, eine doppeldeutige Botschaft: Spezielle sexuelle Politiken und Identitäten finden eine staatliche Anerkennung, die toleranzpluralistisch integriert wird. Gleichzeitig bleiben heteronormative Ein- und Ausschlüsse bestehen, es kommt lediglich zu einer Flexibilisierung und Pluralisierung des heteronormativen Gefüges.

Sexuelle Politiken und Staat

Im Folgenden möchte ich mich aus einer heteronormativitätskritischen staatstheoretischen Perspektive mit der Sexual-Citizenship-Debatte und dem Homo-Ehe-Gesetz auseinandersetzen. Beide sexualpolitischen Thematiken sind seit geraumer Zeit prominenter Gegenstand queerer Auseinandersetzungen. Für die Erörterung dieser beiden Forschungsfelder scheint mir eine Zusammenführung der oben vorgestellten staatstheoretischen Elemente die geeignete Strategie, um das komplexe Verhältnis von institutionalisierten Identitätspolitiken, Heteronormativität und Staat im Lichte aktueller neoliberaler kapitalistischer Transformationsprozesse zu erfassen. Auch wenn die Rolle und Funktion des Staates bislang in beiden Beispielfeldern eine eher untergeordnete Rolle spielt, möchte ich nach Anknüpfungspunkten suchen.

Im Gegensatz zu dem dominanten juridischen und identitätspolitischen Modell lesbisch-schwuler Bewegungen überwiegt in den queeren Citizenship-Diskussionen ein Verständnis von (Staats-)BürgerInnenschaft als Set rechtlicher, politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Praktiken (Quaestio 2000, Hark/Genschel 2003, Bell/Binnie 2004). D.h. in hauptsächlich wird mit dem queeren Citizenship-Begriff die Problematik von gesellschaftlicher Teilhabe, politischer Partizipation und sozialer Mitgliedschaft aufgeworfen. Übertragen auf ein multiples Staatsverständnis ist (Staats-)BürgerInnenschaft somit nicht als ein individuelles oder kollektives integrationspolitisches Phänomen zu analysieren. Vielmehr sollten die Verbindungen zwischen Heteronormativität und Sexual-Citizenship-Politiken im Vordergrund stehen, die über konkrete Rechtsforderungen hinausweisen. Insbesondere Sabine Hark und Corinna Genschel (2003) betonen hierbei die Ambivalenzen der Sexual-Citizenship-Politiken im (Post-)Fordismus. Für sie ist es das umkämpfte Terrain des erweiterten Staates im Sinne Gramscis, auf dem die Konstruktion und Regulation von *sexual citizenship* stattfindet. Dementsprechend wird die soziale, kulturelle, politische Konstruktion und Produktion von (Staats-)BürgerInnenschaft in der Zivilgesellschaft praktiziert. Die staatliche Regulation von (Staats-)BürgerInnenschaft expliziert somit die sexualpolitischen Selbstverhältnisse einer Gesellschaft und deren Ein- und Ausschlussmechanismen. Diese heteronormative Konzeption von Staat und Zivilgesellschaft bestimmt mithin auch die konkreten Formen und Praktiken der Verteilung vom Citizenship-Status. Gleichzeitig sind diese Prozesse um sexuelle Differenzierung, Ausschluss und Hierarchisierung bereits in die Konstituierung (sexual-)politischer Subjekte eingeschrieben. Damit wird deutlich, dass heteronormative Staatlichkeit bereits über das Schaffen der Bedingungen der Möglichkeit von sexualpolitischer Partizipation und Repräsentation in Subjektivierungsweisen und Sozialität eingreift. Die staatliche Produktion von Heteronormativität über (Staats-)BürgerInnenschaft hat aber nicht nur einen ausschließenden und disziplinierenden Charakter. Zweifellos liegt die Bedeutung von *sexual citizenship* auch im Zugeständnis sozialer Legitimität, Privatheit, Sichtbarkeit und Anerkennung von Lesben und Schwulen. Nicht zuletzt gründet darin die politische

Berechtigung und Brisanz von Forderungen nach sexueller (Staats-)BürgerInnenschaft. Trotzdem, so die Autorinnen, zielen institutionalisierte sexuelle identitätspolitische Appelle – wie die Kämpfe um Anerkennung von Homosexuellen als loyale (Staats-) BürgerInnen – ins Leere, wenn sie nicht die aktuelle neoliberal-kapitalistische Neu-Artikulation von (Staats-)BürgerInnenschaft mit in Betracht ziehen. Die aktuellen Transformationen von Staatlichkeit, so Hark und Genschel, implizieren die Anrufung von StaatsbürgerInnen als KonsumentInnen und führen in der Folge zu einer ökonomistischen Reformulierung von (Staats-)BürgerInnenschaft. Hier befürchten sie neue staatliche hierarchisierende Anrufungen (normativer) Sexualitätsformen.

Die Forderung nach Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wurde hingegen zunächst als eine Forderung nach Einschluss von Lesben und Schwulen in die heteropatriarchalische Institution Ehe kritisiert, die zu einer heterosexuellen Normalisierung von Homosexualität führe und somit keineswegs an den heteronormativen Grundwerten der Gesellschaft rüttle (Bubeck 2000). Eine inzwischen differenziertere Debatte um die Homo-Ehe lässt sich inhaltlich grob in zwei Schwerpunkte einteilen. Einmal kommt es zur Analyse der veränderten Funktion von Ehe und Familie im Neoliberalismus. Zum anderen handelt es sich um eine Kritik am biologistischen Verwandtschafts- und Familienverständnis.

So stellt Butler (2002) heraus, dass die Trennung von Privatheit/Öffentlichkeit, die die Zuordnung der Familie in die Sphäre des Privaten und die vertragsrechtliche Regelung der Ehe in den Bereich des Öffentlichen delegiert, zu den konstitutiven Elementen des staatlichen Gefüges gehört. Der bisherige weitgehende Ausschluss von Familien- und Adoptionsrechten in der Homo-Ehe-Gesetzgebung verweist folglich auf eine paradoxe und widersprüchliche Regulierung von Heteronormativität durch den Staat. Einerseits kommt es zur Übertragung des staatlich anerkannten Ehe-Vertrags auf Homosexuelle, andererseits werden heteronormativ-biologistische Verwandtschafts- und Familienverhältnisse aufrecht erhalten. Allerdings können ehe-vertraglich orientierte institutionalisierte sexuelle Identitätspolitiken den staatlich organisierten Ausschluss homosexueller Lebens- und Liebesformen nicht thematisieren, da es zu einer Abkopplung zwischen Ehe und Familie kommt. Die Neuverhandlung und staatliche Regulierung des Familienbegriffs wird aber ein sexualpolitisches Feld von zunehmender Bedeutung, da die Familie im Zuge des Abbaus des Sozialstaates wieder wichtiger wird. Alternative Lebensformen werden vor allem dann anerkannt, wenn sich an sie vormals staatliche Aufgaben abschieben lassen, wie dies im Fall der sogenannten Homo-Ehe zu beobachten ist (Woltersdorf 2004, Nowak 2002). Mit anderen Worten: Im Zuge neoliberaler Umbauarbeiten kommt es zu einer Ausdehnung konservativer Fürsorgevorstellungen auf Homosexuelle, die als Teil staatlicher Sparmaßnahmen zu verstehen sind. Es gilt daher die Analyse der „veränderten Staatlichkeit“ (Jessop 1996) nicht nur auf die Arenen des sogenannten Politischen zu beschränken, sondern auch auf die angeblich vorpolitischen Lebensverhältnisse auszudehnen und diese wiederum an staatsbezogene sexuelle Identitätspolitiken zurück zu koppeln.

Fazit

Welchen Schluss lässt das bisher Gesagte zu? Die Zusammenschau verschiedener Theorie-Elemente im Sinne eines multidimensionalen Staatsbegriffs, in feministischer und politischer Wissenschaft längst gängige Praxis, machte augenscheinlich, dass in der queeren Theoriebildung das Thema Staatlichkeit inadäquat zur Kenntnis genommen wird. Dabei zeigen die queeren Beispielfelder nicht nur das breite Forschungsspektrum einer heteronormativitätskritischen multiperspektivischen Staatsanalyse, sondern auch dessen erkenntnistheoretisches Potential gerade in Bezug auf die Analyse des (Post-)Fordismus. Ersichtlich wurde, dass die zu beobachtende neoliberale Neu-Organisation des Verhältnisses zwischen Staat, Sexualität, Geschlecht und Identitätsformationen nicht nur eine Neueinschätzung institutionalisierter sexueller Identitätspolitiken verlangt, die sich einer schlichten Pro- oder Contra-Logik entzieht. Zudem wurde deutlich, dass an diesen Prozess ein Funktions- und Bedeutungswandel institutionalisierter sexueller Identitätspolitiken gekoppelt ist. Gewisse identitätsbezogene Politiken unterliegen zunehmend der Gefahr als funktional eingesetzte Regierungspraktiken zu wirken. Nicht zuletzt deswegen bedarf es alternativer Strategien. Dies berührt die Frage, wie und auf welche Weise neue (nicht-identitäre) Partizipationsmodelle und neue Modi gesellschaftlicher Willensbildung erwirkt werden können. In Anschluss an Deleuze und Guattari (1992) möchte ich auf das Modell transversaler Politiken rekurrieren. Transversale Politiken sind nicht als „Gegenstandpunkte“ zu deuten, sondern liegen que(e)r zum politischen Bedingungsgefüge von Staat und Gesellschaft. Anstelle kollektiver Identitäten könnten transversale Politiken z.B. jeweils spezifische Projekte zum Ausgangspunkt politischer Praktiken machen, die potentiell in breitere allgemeinere Politiken münden und so verschiebende Effekte evozieren könnten. Nichtsdestotrotz gilt es in diesem Zusammenhang auch die immer wieder zitierte queere Bündnispolitik in die Tat umzusetzen. Ziel queerer Bündnispolitiken müsste es sein, neue Handlungsspielräume nicht nur zu eröffnen, sondern parallel deren konstitutive Grundlagen neu zu kreieren. Dies kann, muss aber nicht notwendiger Weise eine „Staatsfrage“ werden.

Literatur

Bell, David/Binnie Jon, 2004: „Sexual Citizenship: Marriage, the Market and the Military“. In: Richardson, Diane/Seidman, Steven (Hg.): *Handbook of Lesbian and Gay Studies*. London, 443-459.

Bubeck, Ilona (Hg.), 2000: *Unser Stück vom Kuchen. Zehn Positionen gegen die Homo-Ehe*. Berlin.

Butler, Judith, 1998: „Merely Culture“. *new left review.* H. 227, 33-44.

Butler, Judith, 2002: „Is Kinship allways Heterosexuell?“ In: Brown,Wendy/Halley Janet (Hg.): *Left Legalism/Left Critique*. Durham, 229-259.

Bröckling, Ulrich u.a. (Hg.), 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M.

Brown, Wendy, 1992: „Finding the Man in the State". *Feminist Studies*. 18. Jg. H. 1, 7-35.

Cooper, Davina, 2004: „Imaging the Place of the Sate: Where Governance and Social Power meet". In: Richardson, Diane/Seidman, Steven (Hg.): *Handbook of Lesbian and Gay Studies*. London, 231-253.

Cruz-Malavé, Arnaldo/Manalansan Martin F. (Hg.), 2002: *Queer Globalizations*. New York, London.

Deleuze, Gilles/Guattari, Felix, 1992: *Tausend Plateaus*. Berlin.

Demirovic, Alex u.a. (Hg.), 1992: *Hegemonie und Staat*. Münster.

Demirovic, Alex, 2003: „Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie". In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus?* Münster, 43-58.

Duggan, Lisa, 1995: „Queering the State". In: Dies./Hunter, Nan D. (Hg.): *Sex Wars*. Routledge, London, New York, 179-194.

Engel, Antke, 2002: *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankfurt/M., New York.

Engel, Antke, 2003: „Wie regiert die Sexualität? Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität im Kontext queer/feministischer Theoriebildung". In: Pieper, Marianne/Rodrìguez Gutièrrez, Encarnaciòn (Hg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt/M., New York, 224-240.

Evans, David T., 1993: *Sexual Citizenship. The Material Construction of Sexualities*. Routledge.

Foucault, Michel, 1991: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt/M.

Foucault, Michel, 2000a: „Die Gouvernementalität". In: Bröckling, Ulrich u.a. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M., 41-68.

Foucault, Michel, 2000b: „Staatsphobie". In: Bröckling, Ulrich u.a. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M., 68-71.

Foucault, Michel, 2001: *In Verteidigung der Gesellschaft*. Frankfurt/M.

Genschel, Corinna, 1996: „Fear of a Queer Planet: Dimensionen lesbisch-schwuler Gesellschaftskritik". *Das Argument*. 38. Jg. H. 4, 525-539.

Hark, Sabine/Genschel, Corinna, 2003: „Die ambivalente Politik von Citizenship und ihre sexualpolitische Herausforderung". In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik*. Münster, 134-170.

Hennessy, Rosemary, 2000: *Profit and Pleasure. Sexual Identities in Late Capitalism*. Routledge.

Jessop, Bob, 1992: „Regulation und Politik". In: Demirovic, Alex u.a. (Hg.): *Hegemonie und Staat*. Münster, 232-263.

Jessop, Bob, 1996: „Veränderte Staatlichkeit". In: Grimm, Dieter (Hg.): *Staatsaufgaben*. Baden Baden, 43-73.

Jessop, Bob, 1998: „Nationalstaat, Globalisierug, Gender". In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): *Die Transformation des Politischen und die Politik der Geschlechterverhältnisse*. Opladen, 262-293.

Lemke, Thomas, 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin, Hamburg.

Lemke, Thomas, 2002: „Die politische Theorie der Gouvernementalität: Michel Foucault". In: Brodocz, Andrè/Schaal, Gary S. (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart I*. Opladen, 471-503.

Nowak, Iris, 2002: „Die Homo-Ehe als Feld linker feministischer Politik". In: Meyer-Siebert, Jutta u.a. (Hg.): *Die Unruhe des Denkens nutzen. Emanzipatorische Standpunkte im Neoliberalismus*. Festschrift für Frigga Haug. Hamburg, 247-257.

Pieper, Marianne/Rodrìguez Gutièrrez, Encarnaciòn (Hg.), 2003: *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt/M., New York.

Pringle, Rosemary/Watson, Sophie, 1992: „Women's Interests and the Post-Structuralist State". In: Barret, Michel/Philipps, Anne (Hg.): *Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates*. Cambridge, 53-74.

Pühl, Katharina/Wagenknecht Nancy, 2001: „Wir stellen uns queer. Die Queer Theory muss ihren inneren dark continent entdecken, die Kapitalismuskritik". *Jungle World*, 05.05.2001, 5.

Pühl, Katharina, 2001: „Geschlechterverhältnisse und die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ansätze eines theoretischen Paradigmenwechsels". In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): *EU. Staat. Geschlecht*. Wien, 33-55.

Pühl, Katharina/Schultz, Susanne, 2001: „Gouvernementalität und Geschlecht – Über das Paradox der Festschreibung und Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse". In: Hess, Sabine/Lenz, Ramona (Hg.): *Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume*. Königstein/Taunus, 102-128.

Pühl, Katharina/Sauer, Birgit, 2004: „Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus. Konstruktion, Transformation und feministisch-politische Perspektiven". In: Helduser, Urte u.a. (Hg.): *Under Construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie, Forschung und Praxis*. Frankfurt/M., New York, 165-179.

Quaestio (Hg.), 2000: *Queering Demokratie: Sexuelle Politiken*. Berlin.

Sauer, Birgit, 2001: *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt/M., New York.

Seidman, Steven, 1999: „Deconstructing Queer Theory or the Under-Theorization of the Social and the Ethical". In: Nicholson, Linda/Seidman, Steven (Hg.): *Social Postmodernism. Beyond Identity Politics*. Cambridge, 116-142.

Wagenknecht, Peter, 2001: „(Hetero)Sexualität in einer Theorie der Geschlechterverhältnisse". *Das Argument*. 43. Jg. H. 6, 811-821.

Woltersdorf, Volker, 2004: „Den Spieß umdrehen. Was sind queer politics und queer Theory". *iz3w – informationszentrum 3. welt*. H. 280, 15-20.